



KMU-Forum

Tätigkeitsbericht für die Amtsperiode 2008–2011

1. Aufgaben, Zusammensetzung und Organisation des KMU-Forums

Das KMU-Forum ist eine Kommission von ausserparlamentarischen Expertinnen und Experten, die der Bundesrat 1998 ins Leben gerufen hat. Seine Mitglieder sind in erster Linie Unternehmerinnen und Unternehmer. Im Rahmen von Vernehmlassungen prüft das Forum die Gesetzes- oder Verordnungsentwürfe, die Auswirkungen auf die Wirtschaft haben, und gibt eine Stellungnahme aus der Sicht der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ab. Das Forum befasst sich ausserdem mit spezifischen Bereichen der bestehenden Regulierung und schlägt gegebenenfalls Vereinfachungen oder Alternativen vor. Da die Unternehmen von der Umsetzung eines grossen Teils der Regulierungen betroffen sind, ist es dem Bundesrat wichtig, die erforderlichen Massnahmen zu treffen, um die KMU vor einer Überlastung durch administrative Aufgaben zu schützen, und um ihnen zusätzliche Kosten und Investitionen oder Hindernisse bei der Verwaltung zu ersparen.

Das KMU-Forum setzt sich zurzeit aus zwölf Unternehmerinnen und Unternehmern aus verschiedenen Wirtschaftsbranchen zusammen. Eine Vertreterin der Gründerzentren für Unternehmen und eine Vertreterin der Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren nehmen ebenfalls an den Arbeiten teil, ebenso ein Mitglied der Direktion des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO). Jährlich finden in der Regel sechs Treffen statt. Je nach behandelten Themen werden Vertreter der Bundesverwaltung eingeladen, ihre Rechtsetzungsvorlagen zu präsentieren. Mitglieder von Wirtschaftsorganisationen, Fachleute der Praxis und Vertreter der akademischen Kreise werden ebenfalls fallweise hinzugezogen. Ihre Beiträge erlauben den Mitgliedern des Forums, sich ein zuverlässiges Urteil zu den untersuchten Regulierungen zu bilden. Nach der Analyse der Regulierungen gibt das Forum Empfehlungen ab und lässt den betroffenen Ämtern seine Stellungnahmen zukommen.

Das SECO stellt das Sekretariat des Forums, organisiert die Treffen und führt Analysen oder KMU-Verträglichkeitstests der verschiedenen untersuchten Regulierungen durch. Diese Tests und weitere Studien werden mit den Regulierungsfolgenabschätzungen (RFA) sowie mit den Kostenevaluationen koordiniert. Jährlich untersucht und analysiert das Sekretariat des Forums mehrere Dutzend Rechtsetzungsvorlagen.

2. Rückblick

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrates hat 2005 eine Evaluation der Tätigkeiten des KMU-Forums durchgeführt. In ihren Schlussfolgerungen hat die GPK bedauert, dass die Ergebnisse der Arbeiten des KMU-Forums durch die politischen Akteure nicht besser genutzt werden. Dieser Einschätzung Rechnung tragend hat der Bundesrat im Januar 2006 ein Massnahmenpaket verabschiedet und (in Erfüllung einer der Empfehlungen der GPK) das Mandat des KMU-Forums auf die Information des Parlaments ausgeweitet. Seither stellt das Forum den betroffenen parlamentarischen Kommissionen systematisch eine Kopie seiner Stellungnahmen zu. Seine Mitglieder stehen den Kommissionen ausserdem für Anhörungen zur Verfügung.

Zusätzlich zur Mandatserweiterung wurde die Periodizität der Sitzungen auf sechs pro Jahr erhöht. Seit Dezember 2006 sind die Aufgaben des KMU-Forums ausserdem in der neuen

Verordnung über die Koordination der Politik des Bundes zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen (VKP-KMU)¹ geregelt.

Mit diesen neuen Massnahmen wurde das Arbeitspensum des KMU-Forums erhöht. Die Anzahl analysierter Themen und die dazu verfassten Stellungnahmen haben sich in den letzten vier Jahren mehr als verdoppelt. Während der Amtsperiode 2008–2011 wurden anlässlich von 23 Sitzungen 48 Regulierungen und Themen analysiert²; 25 Stellungnahmen wurden verfasst, davon sind 20 den parlamentarischen Kommissionen zugestellt worden³. Die Mitglieder des KMU-Forums haben ausserdem seit 2006 an Anhörungen von parlamentarischen Kommissionen teilgenommen und konnten die Entscheidungsfindung auf diese Weise zugunsten der KMU positiv beeinflussen⁴.

3. Ergebnisse der Kommission

Die Bekanntheit und der Einfluss des KMU-Forums auf den Rechtsetzungsprozess haben sich damit während der letzten Amtsperiode verstärkt. In der grossen Mehrheit der Fälle konnten Vorlagen mit potenziell schädlichen Auswirkungen für die KMU rechtzeitig identifiziert werden. Das KMU-Forum formulierte sodann einschlägige Vereinfachungsvorschläge, wobei es sich auf die Erfahrung der Unternehmer und der befragten Fachleute stützte, und übermittelte sie in der Folge den zuständigen Ämtern. Die steigende Zahl der Stellungnahmen der Kommission und die häufigen Kontakte mit Vertretern der Bundesverwaltung führten zudem in den Ämtern zu einem allgemein wachsenden Bewusstsein für die Anliegen der KMU. Die Ämter achten nun bei der Ausarbeitung von Regulierungsvorlagen stärker auf die administrative Belastung und die KMU-Verträglichkeit.

In der Amtsperiode 2008–2011 hat das Forum zu 21 Rechtsetzungsvorlagen Stellung genommen und dabei 102 Empfehlungen zur Verminderung der administrativen Belastungen und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU formuliert. Eine detaillierte Analyse der Ergebnisse (siehe Anhang unten) hat gezeigt, dass immer zumindest einzelne Empfehlungen berücksichtigt wurden. In den Amtsperioden 2004–2007 und 2008–2011 lag die Erfolgsquote des KMU-Forums im Durchschnitt bei rund 68 Prozent (nachdem alle Stadien des Gesetzgebungsverfahrens durchlaufen waren).

Verschiedene Studien und Abschätzungen haben zudem bewiesen, dass die auf Initiative des KMU-Forums erreichten administrativen Entlastungen, je nach Fall, mehrere dutzend oder sogar mehrere hundert Millionen Schweizer Franken pro Jahr betragen können. So hat beispielsweise das Forum eine Erhöhung der Schwellenwerte im Revisionsrecht empfohlen. Diese wurde vom Parlament im Juni 2011 verabschiedet. Aufgrund dieser Erhöhung werden die Unternehmen ab 2012 jedes Jahr rund 370 Millionen Schweizer Franken einsparen können⁵. Die Arbeit der Kommission hat somit deutlich zur administrativen Entlastung der Schweizer Unternehmen beigetragen.

¹ SR 172.091.

² Die Liste der behandelten Themen kann auf der Internetseite des KMU-Forums unter www.forum-kmu.ch abgefragt werden.

³ Die Empfehlungen des Forums können ebenfalls auf der Internetseite www.forum-kmu.ch abgefragt werden.

⁴ Während der Periode 2008–2011 wurden Mitglieder des KMU-Forums zweimal an Anhörungen im Parlament eingeladen: das erste Mal im Mai 2010 an ein Hearing der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (zum Bundesgesetz über die Forschung am Menschen) und das zweite Mal im September 2010 an eine Anhörung der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates (betreffend das neue Revisionsrecht). Auf den ersten Blick erscheint die Teilnahme von Mitgliedern des Forums an nur zwei Anhörungen sehr bescheiden. Wenn man aber in Betracht zieht, dass mehr als die Hälfte der Stellungnahmen des Forums Verordnungen des Bundesrates betreffen und dass Gesetzentwürfe ab der ersten externen Vernehmlassung mit einem grossen zeitlichen Abstand im Parlament behandelt werden, erscheint die Teilnahme an zwei Anhörungen dennoch angemessen. Mitglieder der Kommission werden ausserdem in der Regel nur an Anhörungen eingeladen, wenn KMU-Verträglichkeitstests durchgeführt wurden.

⁵ Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie im Bericht zum KMU-Test «Evaluation des neuen Revisionsrechts» auf der Internetseite: <http://www.seco.admin.ch/themen/00476/00487/00490/02012/index.html?lang=de>.

4. Künftige Aufgaben des KMU-Forums zur Messung der Regulierungskosten

Im Rahmen des Gesamterneuerungswahlverfahrens der ausserparlamentarischen Kommissionen für die Amtsperiode 2012–2015 sind im Herbst 2010 und gemäss Artikel 57d des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG)⁶, die Aufgaben, die Zusammensetzung und die Notwendigkeit des KMU-Forums überprüft worden. Die Resultate der Untersuchungen haben gezeigt, dass die Kommission die entsprechenden Anforderungen vollständig erfüllt, insbesondere die Erforderlichkeit auf Bundesebene der Einsetzung einer ausserparlamentarischen Kommission für die Erfüllung der betrauten Aufgaben und ein positives Kosten-Nutzen-Verhältnis der Einsetzung einer Kommission für die Bundesverwaltung. Die Analysen haben zudem gezeigt, dass die Organisation und Zusammensetzung des KMU-Forums in dieser Form zweckmässig sind.

Damit sich die Kommission in Zukunft vermehrt mit Fragen der Regulierungskosten beschäftigen kann, ist jedoch geplant, ihre Aktivitäten und Aufgaben teilweise neu zu definieren. Das KMU-Forum wird in den kommenden zwei Jahren eine aktive Rolle im Rahmen der Arbeiten zur Erfüllung der Postulate Fournier (10.3429) und Zuppiger (10.3592) zur Messung der Regulierungskosten in 15 Rechtsbereichen der Schweiz spielen. Diese sollen 2013 beendet werden. Das Forum begleitet seit mehreren Monaten die Arbeiten der vom Bundesrat dazu beauftragten interdepartementalen Arbeitsgruppe. Unter anderem hat es Stellungnahmen erstellt zur Wahl und Priorisierung der Regulierungen, deren Kosten gemessen werden müssen, zu den für die Messungen zu verwendenden Methoden sowie zu allfälligen zusätzlichen Analysen, die durchgeführt werden müssen, beispielsweise in Bezug auf das Verbesserungspotenzial der überprüften Regulierungen. Die Mitglieder der Kommission, die Expertinnen und Experten im Kampf gegen die administrative Belastung sind und als Unternehmerinnen und Unternehmer über vertiefte Praxiskenntnisse verfügen, werden diese Arbeiten konstruktiv beeinflussen und sich vergewissern können, dass die Sorgen und legitimen Forderungen der KMU während des ganzen Prozesses berücksichtigt werden.

Zudem ist vorgesehen, dass das KMU-Forum ab 2012 bei Regulierungsvorlagen zur Kostenevaluation die Rolle eines Kontrollorgans übernimmt. Im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren wird die Kommission künftig kontrollieren, ob die Bundesämter für die geplanten Bestimmungen Kostenschätzungen und eine KMU-Verträglichkeitsanalyse durchgeführt haben. Wie im Bericht des Bundesrates vom 24.08.2011 "*Die administrative Entlastung von Unternehmen*"⁷ erwähnt, ist vorgesehen, dass die Ämter in Zukunft diese Evaluationen im Rahmen der RFA selber vornehmen werden. Ausserdem sind die wichtigsten Ergebnisse in einem erläuternden Bericht oder in der Botschaft zur Vorlage zu präsentieren. Allfällige Mängel werden vom Forum in seiner Stellungnahme erwähnt. Das Forum wird diese neue Kontrollaufgabe ohne Änderung seines Auftrags in der VKP-KMU-Verordnung und ohne zusätzliche Ressourcen wahrnehmen können.

Da das neue System der RFA für das KMU-Forum einer Entlastung entspricht (sein Sekretariat wird weniger Analysen selber durchführen müssen), wird es sich vermehrt auf die bestehenden Regulierungen konzentrieren können. Um den berechtigten Forderungen nach einer Reduktion der administrativen Belastung Folge zu leisten, gilt es zu prüfen, welche Regulierungen Verbesserungspotenzial bergen und welche Massnahmen zur Vereinfachung getroffen werden müssen. Trotzdem wird das Forum seine Hauptaufgabe weiterhin zu erfüllen haben, nämlich die laufenden Gesetzgebungsvorlagen zu prüfen. Diese Aufgabe ist vorrangig, denn es ist wesentlich einfacher und rationeller, problematische Regulierungsentwürfe vorgängig zu korrigieren, als sie nachträglich zu revidieren.

⁶ SR 172.010.

⁷ Der Text dieses Berichts kann im Internet unter: <http://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=40711> abgefragt werden.

5. Vorschlag hinsichtlich eines «Vetorechts»

Der Schweizerische Gewerbeverband (sgv) hat im Oktober 2010 mehrere Vorschläge zur Änderung des Mandates des KMU-Forums vorgebracht. Er forderte u.a., dass ein Kontrollorgan auf Bundesebene die Befugnis erhält, Gesetzes- oder Verordnungsentwürfe an die Verwaltung zur Überarbeitung zurückzuweisen, wenn diese nicht kostenneutral sind (eine Art Vetorecht). Der sgv forderte dafür nicht die Schaffung einer neuen Instanz, sondern schlug die Ausweitung des Mandats des KMU-Forums vor, damit es diese Funktion übernehmen kann. Das neue «Vetorecht» hätte somit die Durchsetzungsfähigkeit des KMU-Forums, das als extraparlamentarische Kommission eine rein konsultative Rolle spielt, erhöht.

Das SECO hat im Anschluss an diese Forderungen in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Justiz und der Bundeskanzlei rechtliche Abklärungen durchgeführt. Die Ergebnisse der Abklärungen haben gezeigt, dass die Verleihung eines Vetorechts an das KMU-Forum nicht mit der schweizerischen Rechtsordnung vereinbar wäre und dass aus institutioneller Sicht eine Beschränkung des Mandates ausschliesslich auf die Regulierungskostenerhebung problematisch wäre.

III. Berücksichtigung der Empfehlungen des KMU-Forums

Periode 2008–2011 (Stand vom 01.12.11)

Geprüfte Regulierungen	Datum der Stellungnahme	Anzahl abgegebener Empfehlungen	Berücksichtigung der Empfehlungen				
			in der vorparlamentarischen Phase		in der parlamentarischen Phase		nach parlamentarischer Behandlung
Vorlage zur Revision des Verjährungsrechts	30.11.2011	4	läuft	-	wird später behandelt	wird später behandelt	-
Kartellrecht: Revision von Artikel 5 des Kartellgesetzes (SR 251)	25.10.2011	3	läuft	-	wird später behandelt	wird später behandelt	-
Kartellrecht: Vorlage zur Umsetzung der Motion Schweiger 07.3856	06.07.2011	3	läuft	-	wird später behandelt	wird später behandelt	-
Verordnung über die Deklaration von Holz (SR 944.021): Organisation der Kontrollen bei den Unternehmen	09.05.2011	3	3	3/3	im Parlament nicht behandelt	im Parlament nicht behandelt	-
Projekt der Schweizerischen Steuerkonferenz SSK für die elektronische Übermittlung der Quellensteuermeldung	06.05.2011	5	läuft	-	im Parlament nicht behandelt	im Parlament nicht behandelt	-
Verordnungsentwurf zur Einrichtung von Umweltzonen in Städten	26.11.2010	1	Projekt nicht fortgeführt	1/1 ⁸	-	-	-
Vorlage zur Teilrevision des Kartellgesetzes (SR 251)	19.11.2010	3	läuft	-	wird später behandelt	wird später behandelt	-
Entwurf zur Änderung der Preisbekanntgabeverordnung (SR 942.211)	23.09.2010	6	6	6/6	im Parlament nicht behandelt	im Parlament nicht behandelt	-

⁸ Das KMU-Forum hatte in seiner Stellungnahme die Unterbrechung/den Rückzug der Vorlage gefordert.

Geprüfte Regulierungen	Datum der Stellungnahme	Anzahl abgegebener Empfehlungen	Berücksichtigung der Empfehlungen				
			in der vorparlamentarischen Phase		in der parlamentarischen Phase		nach parlamentarischer Behandlung
Neues Revisionsrecht und Bundesgesetz über die Zulassung und Beaufsichtigung der Revisorinnen und Revisoren (SR 221.302)	14.06.2010	5	Wird in einer späteren Phase behandelt ⁹	Wird in einer späteren Phase behandelt	1	1/1 ¹⁰	-
Diverse Fragen zu den Zollverfahren (Security Amendment, Status AEO ¹¹ , Projekt web-dec und Projekt eCustoms der EU)	01.03.2010	7	6	6/7	im Parlament nicht behandelt	im Parlament nicht behandelt	-
Entwurf zur neuen Verordnung über die Produktesicherheit (SR 930.111)	01.12.2009	1	1	1/1	im Parlament nicht behandelt	im Parlament nicht behandelt	-
Entwurf für die Revision des Lebensmittelgesetzes (SR 817.0)/ Fragen zu den Verhandlungen mit der EU über ein Lebensmittelabkommen	16.10.2009	3	1	1/3	wird später behandelt	wird später behandelt	-
Verordnungsentwurf zum Schutz vor Passivrauchen (SR 818.311)	02.09.2009	2	1	1/2	im Parlament nicht behandelt	im Parlament nicht behandelt	-
Entwurf für die Revision des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag (SR 221.229.1)	30.07.2009	12	8	8/12	wird später behandelt	wird später behandelt	-
Entwurf zur Revision des CO ₂ -Gesetzes (SR 641.71)	17.03.2009	7	6	6/7	läuft	läuft	-
Wegleitung der SSK zur Bewertung von Wertpapieren ohne Kurswert für die Vermögenssteuer	17.12.2008	5	2	2/5	im Parlament nicht behandelt	im Parlament nicht behandelt	-

⁹ Das Eidgenössische Amt für das Handelsregister möchte einige Jahre abwarten, bevor es Revisionen in den betreffenden Bereichen unternimmt.

¹⁰ Betrifft die Anhebung der Schwellenwerte für die ordentliche Revisionspflicht. Diese Schwellenwerte wurden im Rahmen der Beratungen zur Revision des Obligationenrechts (Bestimmungen zum neuen Rechnungslegungsrecht) angehoben. Das KMU-Forum hatte den Kommissionen für Rechtsfragen des Parlaments mehrere Schreiben zu diesem Thema zukommen lassen, sowie den Bericht zu einer 2009 bei verschiedenen KMU durchgeführten Untersuchung. Die Räte haben auf dieser Grundlage beschlossen, die betreffenden Schwellenwerte entsprechend den Vorschlägen des KMU-Forums zu erhöhen.

¹¹ AEO = Authorised Economic Operator (zugelassener Wirtschaftsbeteiligter).

Geprüfte Regulierungen	Datum der Stellungnahme	Anzahl abgegebener Empfehlungen	Berücksichtigung der Empfehlungen				
			in der vorparlamentarischen Phase		in der parlamentarischen Phase		nach parlamentarischer Behandlung
Entwurf zur Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (SR 172.056.1)	14.11.2008	18	Projekt in der Form nicht fortgeführt ¹²	-	-	-	-
Entwurf zum Sicherheitskontrollgesetz	30.10.2008	1	0	0/1	1	Das Parlament ist nicht auf diesen Entwurf eingetreten	1/1 ¹³
Entwurf zur Änderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (SR 241)	30.09.2008	4	2	2/2 ¹⁴	idem	idem	2/2
Entwurf zur Revision von 7 Verordnungen des Chemikalienrechts	05.05.2008	5	2	2/5	im Parlament nicht behandelt	im Parlament nicht behandelt	-
Gesetzgebungsprojekt «Swissness» (SR 232.11): Revision des Markenschutzgesetzes und des Wappenschutzgesetzes (SR 232.21)	07.04.2008	4	0	0/4	läuft	läuft	-
Total: 21 geprüfte Regulierungsprojekte		Total: 102 abgegebene Empfehlungen		Durchschnitt: 39/59 = 66% berücksichtigte Empfehlungen			Durchschnitt: 40/59 = 68%

¹² Der Bundesrat hat allerdings beschlossen, verschiedene im Gesetzesentwurf vorgeschlagene Neuerungen im Rahmen einer Revision der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen rasch umzusetzen. Dadurch sollten die in der Vernehmlassung weitgehend unbestrittenen Änderungen konkretisiert werden. Die Bestimmungen der revidierten Verordnung sind am 1. Januar 2010 in Kraft getreten.

¹³ Das KMU-Forum hat sich gegen den in die Vernehmlassung gegebenen Entwurf ausgesprochen.

¹⁴ Zwei Empfehlungen des KMU-Forums betrafen Punkte, die im Verlauf des Projektes aufgegeben wurden (und die nicht mehr in der Botschaft enthalten sind).

Periode 2004–2007 (Stand vom 01.12.11)

Geprüfte Regulierungen	Datum der Stellungnahme	Anzahl abgegebener Empfehlungen	Berücksichtigung der Empfehlungen				
			in der vorparlamentarischen Phase		in der parlamentarischen Phase		nach parlamentarischer Behandlung
Entwurf zur Revision des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer (SR 641.20)	30.07.2007	8	5	5/8	Vorlage 2 läuft	Vorlage 2 läuft	-
Vorlage zur Umsetzung der revidierten GAFI-Empfehlungen ¹⁵	08.06.2007	4	3	3/4 ¹⁶	idem	idem	3/4
Entwurf zur Revision der ASA-Richtlinie der EKAS ¹⁷	19.09.2006	9	5	5/9	im Parlament nicht behandelt	im Parlament nicht behandelt	-
Entwurf zur Verordnung über die Schwarzarbeit	12.07.2006	3	2	2/3	im Parlament nicht behandelt	im Parlament nicht behandelt	-
Entwurf zur Verordnung über die Schwarzarbeit (SR 822.411)	12.07.2006	3	2	2/3	im Parlament nicht behandelt	im Parlament nicht behandelt	-
Entwurf zum Produktsicherheitsgesetz (SR 930.11)	27.06.2006	5	4	4/5	idem	idem	4/5
Entwurf zur Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts	06.06.2006	7	3	3/7	3	3/4 ¹⁸	6/7 ¹⁸
Entwurf zum Humanforschungsgesetz	31.05.2006	8	7	7/8	idem	idem	7/8
Entwurf zur Revision der EKAS-Richtlinie 6503 (Asbest)	10.04.2006	6	3	3/6	im Parlament nicht behandelt	im Parlament nicht behandelt	-
Gemeinsame Kontrollen Suva/AHV ¹⁹	21.10.2005	1	1	1/1 ²⁰	im Parlament nicht behandelt	im Parlament nicht behandelt	-

¹⁵ Financial Action Task Force.

¹⁶ Von den drei angenommenen Empfehlungen wurden zwei in der Geldwäschereiverordnung der FINMA vom 08.12.2010 (SR 955.033.0) berücksichtigt/konkretisiert.

¹⁷ Richtlinie der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) über den Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit (ASA).

¹⁸ Hierbei handelt es sich um provisorische Resultate: Der Nationalrat hat die vom Ständerat vorgenommenen Änderungen am Teil der Vorlage des Bundesrates zum Aktienrecht noch nicht bestätigt/abgesegnet. Beim Rechnungslegungsrecht wurden mehrere Änderungen, die in die Richtung der Empfehlungen des KMU-Forums gingen, verabschiedet und von beiden Räten abgesegnet, sie wurden jedoch noch nicht definitiv in der Schlussabstimmung bestätigt.

¹⁹ Schweizerische Unfallversicherungsanstalt (Suva) / Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV).

²⁰ Die Kontrollen der AHV sind heute in den meisten Fällen mit denen der SUVA koordiniert, entsprechend den Empfehlungen der Eidgenössischen Finanzkontrolle (und des KMU-Forums).

Geprüfte Regulierungen	Datum der Stellungnahme	Anzahl abgegebener Empfehlungen	Berücksichtigung der Empfehlungen				
			in der vorparlamentarischen Phase		in der parlamentarischen Phase		nach parlamentarischer Behandlung
Entwurf zur Revision des Konsumentenschutzgesetzes (KIG, SR 944.0)	12.10.2005	7	Projekt nicht fortgeführt ²¹	-	-	-	-
Entwurf zur Revision des Lebensmittelrechts	15.07.2005	3	1	1/3	idem	idem	1/3
Entwurf betreffend Massnahmen zur Verringerung des CO ₂ -Ausstosses	12.2004	4	4	4/4	idem	idem	4/4
Entwurf zum Stromverordnungsgesetz (SR 734.7)	09.2004	3	1	1/3	idem	idem	1/3
Neuer Lohnausweis	04.2004	5	3	3/5	im Parlament nicht behandelt	im Parlament nicht behandelt	-
KMU und amtliche Statistik	03.2004	9	6	6/9	im Parlament nicht behandelt	im Parlament nicht behandelt	-
Entwurf zur Unternehmenssteuerreform II	03.2004	3	2	2/3	idem	idem	2/3
Total: 16 geprüfte Regulierungsbereiche		Total: 85 abgegebene Empfehlungen		Durchschnitt: 50/78 = 64% berücksichtigte Empfehlungen			Durchschnitt: 53/78 = 68%

²¹ Angesichts der Kritiken des KMU-Forums und der Wirtschaftskreise (hohe administrative Belastung, Anwendungsprobleme usw.) hat der Bundesrat am 21.12.2005 entschieden, auf die Revision des Konsumentenschutzgesetzes zu verzichten.